

ZOLLIKOFEN Das Bundesgericht hat entschieden: Die Lohnsenkung für den Gemeindepräsidenten darf nicht erst 2009 in Kraft treten. Seite 29

BERN

RENTENSTREIT Der Grosse Rat steht vor der Debatte über Änderungen bei der Altersvorsorge des Staatspersonals. Streit ist programmiert. Seite 39

Verschärfte Regeln bei Kundgebungen

Berner Gemeinderat will den umstrittenen «Entfernungsartikel» im städtischen Kundgebungsreglement aufnehmen

Berns Sicherheitsdirektor Stephan Hügli will erreichen, was seine Vorgänger nicht schafften: die Aufnahme der Entfernungspflicht im Kundgebungsreglement. Der Gemeinderat beantragt eine Teilrevision des Reglements.

DANIEL VONLANTHEN

In der Stadt Bern bleibt straffrei, wer an einer unbewilligten Demonstration teilnimmt. Das städtische Kundgebungsreglement und die Verordnung dazu enthalten zwar zahlreiche Pflichten für Organisierende, nicht aber für Teilnehmende. Dies will der Berner Gemeinderat ändern: Er beantragt die Verankerung des sogenannten Entfernungsartikels samt Strafnorm im Kundgebungsreglement.

Zuständig für die Teilrevision ist das Stadtparlament. Dieses hatte die Entfernungspflicht bereits bei der Totalrevision im Oktober 2005 aus dem Reglement gekippt. Schon damals verlangte der Gemeinderat ein effizientes Mittel zur Auflösung von Kundgebungen. Droht eine Demo zu eskalieren, soll die Polizei die sofortige Entfernung anordnen können. Wer die Order nicht befolgt, macht sich strafbar.

Gleichzeitig will der Gemeinderat auch die Bussen erhöhen: Statt mit 2000 Franken wie bisher sollen Widerhandlungen gegen das Kundgebungsreglement künftig mit bis zu 5000 Franken gebüsst werden. Überdies soll das Regierungsstatthalteramt neu zur Beschwerdeinstanz werden.

Der 6. Oktober 2007

Auslöser sind die Anti-SVP-Krawalle vom 6. Oktober 2007, die laut



Die unbewilligte Anti-WEF-Kundgebung vom 19. Januar dieses Jahres in Bern wurde durch die Polizei nicht verhindert. MANU FRIEDRICH

Gemeinderat zu einer «vertieften Analyse» geführt haben. Die Ausgangslage habe sich seit der Totalrevision verändert, sagt Stephan Hügli: Gemäss neuer Kompetenzordnung sei nicht mehr die Stadtpolizei, sondern die Kantonspolizei für den Vollzug zuständig. Die Stadt müsse im Rahmen der strategischen Aufgaben die Rahmenbedingungen für einen effizienten Vollzug schaffen. Und ausserdem hätten die Vorfälle des 6. Oktober 2007 gezeigt, dass die Polizei wirksame Mittel benötige. Eine solche Straf-

norm kann laut Hügli durchaus Wirkung erzielen – zumindest eine präventive. Es handle sich aber nicht um eine Verschärfung des geltenden Rechts, sondern um eine «effizientere und praxisnähere Umsetzung bestehender Regelungen». Artikel 292 des Strafgesetzbuchs – die Strafnorm für das Nichtbefolgen einer amtlichen Weisung – ist laut Hügli bei Kundgebungen nur schwer anzuwenden. Hügli zeigt sich überzeugt, dass eine Mehrheit des Stadtrats die Teilrevision nun unterstützt. Bürgerliche Zustim-

mung ist Hügli gewiss – aber ebenso geschlossen links-grüne Opposition: «Diskutieren kann man über alles», sagt SP-Koprapäsident Thomas Götting, die Argumente aber blieben dieselben. Der Entfernungsartikel sei nicht praktikabel und kontraproduktiv. Götting sieht keinen Zusammenhang zu den Vorkommnissen des 6. Oktober 2007: Trotz Entfernungsweisung hätten die damaligen Ausschreitungen nicht verhindert werden können. GFL-Fraktionschef Ueli Stückelberger kommt zum selben Schluss: Der

Entfernungsartikel wirke eher eskalierend denn deeskalierend. Es gebe keinen erkennbaren Nutzen. GB-Fraktionschefin Natalie Imboden spricht von «Zwängerei des Gemeinderats».

FDP-Kofraktionspräsident Philippe Müller rechnet bereits mit einer Niederlage. Der jüngste Antrag des Gemeinderats werde wohl folgenlos bleiben. Müllers Reaktion fällt entsprechend sarkastisch aus: «Der rot-grüne Gemeinderat hat Angst vor den Wahlen, da er sich bewusst ist, dass er mit seiner Laiss-

faire-Politik grossen Schaden und grossen Unmut erzeugt.» Im Wissen darum, dass er vom Parlament abgelehnt wird, komme der Gemeinderat mit dem gleichen Vorschlag daher. «Das Volk wird geblendet.»

Massenpanik in engen Gassen

Sowohl dem früheren Polizeidirektor Kurt Wasserfallen als auch seiner Nachfolgerin Barbara Hayoz war die Verschärfung des Kundgebungsreglements nicht gelungen. Das Stadtratsprotokoll vom 20. Oktober 2005 gibt die Kontroverse wieder: Die Entfernungspflicht sei «notwendig und durchsetzbar», sagte Hayoz. «Wenn eine Demo eskaliert, sollen die friedlichen Teilnehmer die Möglichkeit haben, sich von der Kundgebung zu entfernen. So können Chaoten isoliert werden.» Kommissionsprecher Götting hingegen machte auf diverse Probleme aufmerksam: Die Abgrenzung zwischen Teilnehmenden und Schaulustigen sei unklar. In geschlossenen Räumen könne der Entfernungsaufruf Massenpanik auslösen. Der Berner Stadtrat lehnte den Artikel mit 42 gegen 27 Stimmen ab.

Unabhängig davon, was der Berner Stadtrat beschliesst, könnten verschärfte Strafbestimmungen bald auf Kantonsebene eingeführt werden: Der Regierungsrat zeigte sich jüngst auf einen FDP-Vorstoss bereit, die Einführung kantonalen Strafbestimmungen gegen die Organisation, «die Teilnahme und den Aufruf zur Teilnahme an unbewilligten Demonstrationen» zu prüfen. Zudem ist demnächst ein Urteil des Bundesgerichts betreffend Teilnahme an einer unbewilligten Demo zu erwarten: Gewerkschaften führen im Nachgang zu einer Kundgebung in Thun Beschwerde gegen das Ortspolizeireglement.

Autofreier Bahnhofplatz: Initiative ist lanciert

Laut dem Initiativtext soll die Umfahrung des Berner Bahnhofplatzes «ohne Erstellung neuer Tunnels» erfolgen

In einer Woche rollt der Verkehr wieder über den Berner Bahnhofplatz. In zwei Jahren könnte er erneut verdrängt werden. Dies zumindest wünscht sich ein Komitee aus rot-grünen Parteien, das hinter der Initiative für einen autofreien Bahnhofplatz steckt.

BERNHARD OTT

Kein Zweifel: Der Umbau des Berner Bahnhofplatzes und die damit verbundene Sperre dieser Hauptverkehrsachse ist für viele eine Offenbarung. Das befürchtete Verkehrschaos bleibt aus, und das Länggassquartier leidet nicht unter Mehrverkehr in unerträglichem Ausmass. «Als kleine Fussgängerin ist es heute toll, über den autofreien

Platz zu spazieren», sagte gestern Christine Zehnder von der VCS-Regionalgruppe Bern vor den Medien. Dieses Erlebnis während der Sperre des Platzes «gibt uns heute den Schwung, den neuen Schritt zum autofreien Platz anzupacken», erklärte sie.

Westtangente als Zankapfel

Treibende Kraft hinter der Initiative ist SP-Stadtrat Michael Aebersold. Im Hinblick auf die baldige Wiedereröffnung des Bahnhofplatzes für den Verkehr sprach er von einem «reversiblen Vorgang». Gemäss Initiativtext soll die Umfahrung des Bahnhofplatzes «ohne Erstellung neuer Tunnels» erfolgen. Diese Formulierung sei absichtlich so gewählt, erklärte GB-Stadträtin Stéphanie Penher. «Wir wollten uns nicht auf die Westtangente als Ersatzlösung festlegen.» Die Umfah-

run vom Henkerbrünnli via Bahnhofparking in die Stadtbachstrasse habe sich in der Umbauzeit jedoch bewährt. Mit der Westtangente als alternativer Verkehrsführung können mittlerweile auch die Mitteparteien und sogar eine Minderheit der SVP leben. Die Bürgerlichen haben jedoch stets betont, dass die Umfahrung ebenso viel Verkehr aufnehmen soll, wie ehemals über den Bahnhofplatz gebräut ist. FDP-Präsident Thomas Balmer sprach in diesem Zusammenhang von 25 000 Autos pro Tag. «Diese Kapazität braucht es nicht», sagte Aebersold, der sich bis anhin lediglich für einen «moderaten Ausbau» der Westtangente ausgesprochen hatte.

Unklar bleibt auch, wie der Ausgang der Westtangente auf die Stadtbachstrasse aussehen wird und wo der Verkehr abgeführt werden soll. Die Stadtbachstrasse, die

den Mehrverkehr aufnehmen müsste, wird demnächst als verkehrsberuhigte Achse definiert. «Wir wollten uns in dieser Hinsicht nicht festlegen», sagte Penher. Es sei Aufgabe der Stadtplanung, entsprechende Vorschläge zu machen.

Auch GFL mit im Boot

Nebst zahlreichen links-grünen Parteien und Organisationen gehören dem Initiativkomitee auch die Grüne Freie Liste (GFL) und die EVP an. Dies ist insofern erstaunlich, als GFL/EVP-Fraktionschef Ueli Stückelberger jüngst erklärt hatte, die Partei werde die Initiative nur aus «Gesinnungsgründen» unterstützen. Stückelberger und Reto Nause haben eine Motion mit demselben Ziel wie die Initiative eingereicht. Im Unterschied zu Aebersold spricht sich Stückelberger allerdings für einen Ausbau der West-

tangente für 25 000 Fahrzeuge pro Tag aus. «Die Motion ist kein Gegensatz, sondern eine Ergänzung zur Initiative», sagte Stadträtin Anna Magdalena Linder (gl). Sie legte das Augenmerk auf einen anderen Aspekt im Initiativtext, wonach der Mehrverkehr in den Quartieren durch «begleitende Massnahmen» vermieden werden soll. «Eine nachhaltige Verkehrspolitik beginnt im Stadtzentrum», sagte sie.

Reduktion des Verkehrs als Ziel

Die Initianten machten denn auch keinen Hehl aus ihrer Absicht, dass die Initiative auch ein Mittel zur «Reduktion des Verkehrs auf dem ganzen Stadtgebiet» sei. Beim Ausbau des Entwicklungsschwerpunktes Wankdorf zum Beispiel habe die Stadt wenig Einfluss, weil der Kanton bestimme, «wie viele Autos die Stadt aufnehmen und wie

viele Parkplätze sie bauen muss». So bleibe der Stadt wenig Handlungsspielraum, um ihre verkehrs- und umweltpolitischen Ziele zu erreichen. «Wir sind jedoch nicht bereit, eine Zunahme des Verkehrsaufkommens hinzunehmen», sagte Penher. Aebersold verwies seinerseits auf die Energiestrategie der Stadt, die bis ins Jahr 2015 eine Reduktion des Verkehrsaufkommens von zehn Prozent vorschreibt.

Die Initianten haben nun ein halbes Jahr Zeit, um die erforderlichen 5000 Unterschriften zu sammeln. Penher ist zuversichtlich, dass dieses Quorum bereits vor den Sommerferien erreicht werden kann. Dass die Zeit des Sammelns in den Wahlkampf fällt, ist den Initianten recht. «Die Initiative wird ein wichtiges, wenn auch nicht bestimmendes Element des Wahlkampfes sein», sagte Aebersold.

ANZEIGE



20% Rabatt im Provisorium!

Vom 27. – 29. März erhalten Sie 20% Rabatt* auf das gesamte Sortiment im Loeb Provisorium.

*Jetzt im Provisorium: Damenmode, Accessoires, Strumpfwaren und Damenwäsche.

LOEB-PROVISORIUM, SCHALPLATZGASSE 32, 3001 BERN

Rabatt nicht kumulierbar



WWW.LOEB.CH